

## SOLARWIRTSCHAFT HOFFT AUF ABMILDERUNG DER FÖRDER-EINSCHNITTE IM VERMITTLUNGSVERFAHREN

Politik entscheidet über die Zukunft der Photovoltaik-Branche in Deutschland / Weniger starke Einschnitte bei Solarstromförderung gefordert / Weiterer Solarstrom-Ausbau und Nachbesserungen am Gesetzesentwurf hätten minimale Auswirkungen auf Verbraucherstrompreise, für große Teile der Solarbranche sind sie überlebenswichtig

Berlin, den 12. Juni 2012 - Die Solarwirtschaft hofft, dass sich der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat in seiner morgigen Sitzung darauf verständigt, die Installation neuer Solarstromanlagen und ihre Förderung nicht so stark zu reduzieren wie ursprünglich geplant. Der Bundesverband Solarwirtschaft ruft die Politik dazu auf, die Fördersätze für Solarstrom gegenüber den ursprünglichen Plänen des Bundestages langsamer zu reduzieren und den Zuwachs gegenüber den Vorjahren weniger stark zu begrenzen. In der vorwiegend mittelständisch geprägten Solarbranche gingen aufgrund eines Auftrageinbruchs in den letzten Wochen bereits tausende Jobs verloren. Viele Solarunternehmen leiden derzeit unter einem rauen Investitionsklima, das durch weltweite Überkapazitäten, einen massiven Wettbewerbsdruck und die Verschlechterung der Förderbedingungen gekennzeichnet ist.

„Die Politik entscheidet nun über die Zukunft der Photovoltaik in Deutschland. Wird jetzt nicht schnell nachgebessert, stehen hunderte Solarunternehmen in Handwerk und Mittelstand vor dem Aus“, sagte Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft, heute in Berlin. Weder finanzielle noch technische Gründe könnten den geplanten Förderkutschschlag rechtfertigen. „Der weitere kraftvolle Ausbau der Solarenergie mit ihren Vorteilen einer verbrauchernahen Erzeugung ist für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar, technisch realisierbar und fällt finanziell kaum noch ins Gewicht“, so Körnig.

Nach einer aktuellen Analyse der Prognos AG würde eine Verdoppelung des Solarstrom-Anteils am deutschen Strom-Mix bis 2016 die Verbraucherstrompreise um nur 2,5 Prozent ansteigen lassen. Der Solarstrom-Anteil könnte zugleich von 3,2 Prozent im 2011 auf knapp 7 Prozent wachsen. Die Prognos AG untersuchte auch die Mehrkosten für Verbraucher, die mit den geforderten Nachbesserungen am Fördergesetz verbundenen wären. Die Stromrechnung eines Durchschnittshaushaltes würde sich dadurch in den nächsten vier Jahren um lediglich ein halbes Prozent erhöhen (vgl. Pressegrafik <http://tinyurl.com/clxkc2b>).

Hintergrund: Die Bundesländer haben mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit am 11. Mai im Bundesrat die Solarkürzungspläne der Bundesregierung zurückgewiesen. Am morgigen Mittwoch (13.6.) kommt der Vermittlungsausschuss erstmals zusammen, um das Fördergesetz zu beraten. Nachbesserung erhofft sich die Solarbranche insbesondere bei Solarstromanlagen in der Größenklasse 10-100 Kilowattpeak, in der bis Anfang 2013 mit bis zu 45 Prozent besonders starke Fördereinschnitte vorgesehen sind und sich der Betrieb neuer Solarstromanlagen andernfalls kaum noch rentieren dürfte. Dieses Marktsegment machte 2011 rund 50 Prozent des Photovoltaik-Marktes aus. Betroffen sind Solarstromanlagen auf Schuldächern, Mehrfamilienwohnhäusern, landwirtschaftlichen Gebäuden und Gewerbebetrieben.

### PRESSEKONTAKT / REDAKTIONELLE RÜCKFRAGEN:

David Wedepohl, Pressesprecher  
Bundesverband Solarwirtschaft e.V.  
Friedrichstraße 78, 10117 Berlin



Telefon: 030 / 29 777 88-30  
Mobil 0160 - 588 00 92  
[wedepohl@bsw-solar.de](mailto:wedepohl@bsw-solar.de)